



Kassenärztliche  
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

## KBV KOMPAKT

Newsletter vom 12. August 2009

### Aus Berlin

---

#### **Schmidt: Krankenkassen müssen Schweinegrippe-Impfkosten übernehmen**

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hält daran fest, dass die Krankenkassen bei der Finanzierung der geplanten Schutzimpfung gegen die Schweinegrippe in die Pflicht genommen werden. Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) hatte daraufhin erklärt eine Erhöhung des Beitragssatzes zu verlangen, wenn sich der Bund und die Länder an der Finanzierung der Massenimpfung nicht beteiligen sollten. Eine Entscheidung der Regierung zu den Grippeimpfkosten am Mittwoch ist vertagt worden. Einzelne Krankenkassen versprachen inzwischen, keine Zusatzbeiträge zu erheben. KKH-Allianz-Chef Ingo Kailuweit appellierte an die Hersteller des Impfstoffes, faire Preise zu verlangen. Zudem sieht er die Ärzte in der Pflicht, die Impfkationen reibungslos zu organisieren. (Agenturmeldungen 6., 11., 12. August)

#### **Schmidt im Wahlkampfteam von SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier**

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) ist in das Kompetenzteam von Frank-Walter Steinmeier (SPD) nachgerückt. Diesen Weg ebnete eine entlastende Überprüfung des Bundesrechnungshofes nach ihrer Dienstwagenaffäre. Sie war in Verdacht geraten, Steuergelder zu verschwenden, weshalb die Ministerin vorerst auf einen Platz im Wahlkampfteam verzichtet hatte. Obwohl ihre Nutzung des Dienstwagens im Urlaub rechtens war, reißt unterdessen die Kritik an ihrem Verhalten nicht ab. (Agenturmeldung, 9. August)

#### **Regierung erkennt Wirksamkeit der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebsviren an**

Die Impfung gegen die gefährlichsten Typen der Humanen Papilloma-Viren (HPV) bietet einen „beinahe 100-prozentigen Schutz“. Das hat die Bundesregierung bestätigt. Die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs sei eine „prophylaktische Maßnahme“, die „somit vor Infektion erfolgen sollte“, hieß es. Den Nutzen der HPV-Impfung haben mehrere Wissenschaftler im November 2008 infrage gestellt. Besonders weil sich Nebenwirkungen häuften, geriet die Impfung zusätzlich in die Kritik. Die Ständige Impfkommission am Robert Koch-Institut hält allerdings an ihrer positiven Beurteilung der HPV-Impfung aller Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahre unverändert fest. Zu diesem Ergebnis gelangte sie nach Durchsicht neuerer Studiendaten. ([Heute im Bundestag, 10. August](#), Agenturmeldung, 6. August)

#### **Zukunft des Gesundheitssystems: Ärzte und Patienten skeptisch**

Die Ergebnisse einer Umfrage zum Gesundheitssystem des Meinungsforschungsinstituts Allensbach im Auftrag der Finanzberatungsfirma MLP zeigen eine einheitliche Tendenz von Patienten und Ärzten in ihrer Sicht auf das System. Aktuell sind beide Seiten mit der Versorgung zwar zufrieden. In der Zukunft sehen Patienten jedoch erhebliche Kostenzuwächse auf sich zukommen und Ärzte fürchten gar eine Zwei-Klassen-Versorgung in der gesetzlichen medizinischen Versorgung.

Ulla Schmidt reagierte am Mittwoch auf die vorgestellten Ergebnisse. Darin sieht sie vor allem den Solidargedanken und den Wunsch nach einer umfassenden Krankenversicherung bestätigt. Als adäquate Lösung für die Zukunft hält sie die Bürgerversicherung, in der sich alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. So kann und soll eine medizinische und pflegerische Versorgung auf dem aktuellsten Stand des Wissens erhalten und gewährleistet werden können. (Agenturmeldung 5. August, [Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 5. August](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Bessere Versorgung für chronisch nierenkranke Kinder

Kinder mit chronischen Nierenerkrankungen können künftig besser versorgt werden. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben sich darauf geeinigt, die Versorgungsregelung für chronisch niereninsuffiziente Patienten entsprechend zu erweitern. „Wir haben ein umfassendes System der Qualitätssicherung bei der Behandlung der Nierenerkrankungen. Nun haben die Betroffenen in allen Altersgruppen die Sicherheit, dass sie nach hohen Qualitätsstandards versorgt werden“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. ([Pressemitteilung der KBV, 11. August](#))

### Ambulantes Versorgungsnetz für HIV-Patienten in Berlin vor dem Aus

Das seit rund 25 Jahren bestehende ambulante Versorgungsnetz für HIV-Patienten in Berlin ist akut gefährdet. „Seit Einführung einer bundeseinheitlichen Regelung zur Finanzierung der ambulanten AIDS-Behandlung in Deutschland am 1. Juli werden spezielle fachärztliche Behandlungsangebote nicht mehr gefördert“, erklärte das Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin, Burkhard Bratzke. Für die Hauptstadt, in der die meisten Behandlungen seit Jahren ambulant erfolgten, habe dies ernste Folgen. „Durch den Ausschluss der Facharztpraxen wird ein bundesweit einzigartiges Ärztenetz zerschlagen“, kritisierte Bratzke. Dies gehe zu Lasten der Patientenversorgung. ([Pressemitteilung der KV Berlin, 12. August](#))

### Wohnortnahe Versorgung krebskranker Patienten in Gefahr

Die auf Bundesebene beschlossene Anschlussregelung zur Onkologie-Vereinbarung gefährdet nach Ansicht der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) die wohnortnahe, flächendeckende Versorgung. „Bundesweit einheitliche Regeln zur ambulanten Versorgung krebskranker Patienten werden den strukturellen Besonderheiten eines Flächenlands wie Schleswig-Holstein nicht gerecht“, sagte Dr. Ingeborg Kreuz, kommissarische Vorstandsvorsitzende der KVSH. Die Anschlussregelung soll am 1. Oktober in Kraft treten und die regionalen Onkologie-Vereinbarungen ablösen. ([Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 7. August](#))

## Aus den Verbänden

---

### Gericht bestätigt Vergabe-Entscheidung für AQUA

Das Göttinger Institut für Angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen (AQUA) ist das neue Institut zur sektorenübergreifenden Qualitätssicherung. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (LSG) hatte am 6. August die Klage des Mitbewerbers Bundesgeschäftstelle Qualitätssicherung (BQS) gegen die Beauftragung des AQUA-Instituts endgültig abgewiesen. Wie der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) mitteilte, hat das Gericht alle relevanten Einwände gegen die vom GBA getroffene Vergabeentscheidung klar zurückgewiesen. Die jüngste Gesundheitsreform hatte mit dem Paragraphen 137a SGB V den G-BA beauftragt, im Rahmen eines Vergabeverfahrens eine fachlich unabhängige Institution zu beauftragen, um Verfahren zur Messung und Darstellung der Versorgungsqualität für die Durchführung der einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung zu entwickeln. Diese sollen sich möglichst sektorenübergreifend auf die Grundlage pseudonymisierter Patientendaten beziehen und nicht nur den Krankenhausaufenthalt abdecken. Der GBA gab im Februar dem AQUA-Institut den Zuschlag. ([Pressemitteilung des GBA, 7. August](#))

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft fürchtet um die in langen Jahren aufgebauten bewährten Strukturen der Qualitätssicherung. „Die BQS organisiert und steuert den Gesamtprozess der Initiierung, Aus- und Bewertung von 3,6 Millionen stationären Behandlungsfällen, für die jährlich eine externe Qualitätssicherung durchgeführt wird. Ohne eine vertragliche Weiterbeauftragung der BQS durch das neue AQUA-Institut droht die externe Qualitätssicherung der Krankenhäuser vollständig zusammenzubrechen“, erklärte Georg Baum, Hauptgeschäftsführer der DKG. Die Bundesärztekammer kritisierte, dass das Umsetzungskonzept des AQUA-Instituts den Krankenhäusern und Vertragsärzten nicht bekannt ist. Offen sei auch, ob die bisherige Fachgruppenarbeit und der enge Austausch mit den Landesgeschäftstellen Qualitätssicherung, die bislang den strukturierten Dialog mit den Krankenhäusern geführt haben, fortgesetzt wird. ([Pressemitteilungen der DKG](#) und der [BÄK, 7. August](#))

### **Schmerztherapeuten warnen vor AOK-Hausarztverträgen**

Der Berufsverband der Schmerztherapeuten (BVSD) warnt vor Hausarztverträgen der AOK mit dem Hausärzterverband. Die in den entsprechenden Verträgen in Bayern und Baden-Württemberg vorgesehenen Pauschalvergütungen für schmerztherapeutische Leistungen seien nicht annähernd kostendeckend, so der BVSD. Schmerztherapeutisch tätige Hausärzte, die an diesen Hausärzterverträgen teilnehmen, könnten deshalb ihre Patienten nicht mehr ausreichend versorgen. „Ein solcher Hausarzt erhält im AOK-Modell eine Pauschale von 85 bis 90 Euro für eine schmerztherapeutische Leistung, die bislang mit durchschnittlich 130 bis 150 Euro im Quartal vergütet wurde. Für einen zugewiesenen und im AOK-Vertrag eingeschriebenen Schmerzpatienten liegt die Vergütung sogar lediglich bei 12,50 Euro“, erklärte Dr. Reinhard Thoma, Präsident des BVSD. Er befürchtet, dass die Zahl der qualifizierten Schmerztherapeuten deshalb bundesweit um rund 18 Prozent zurückgeht. Bis Mitte 2009 müssen die Krankenkassen laut Gesetz Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung abschließen. Seit 2008 darf der Hausärzterverband ohne die Kassenärztlichen Vereinigungen selbst mit den Kassen verhandeln. Die AOK-Hausarztverträge in Bayern und Baden-Württemberg gelten als Blaupause für weitere geplante Verträge in den anderen Bundesländern. (Pressemitteilung des BVSD, 10. August)

## **Aus der Welt**

---

### **US-Präsident Obama plädiert für Vernunft und Sachlichkeit in der Gesundheitsdebatte**

Immer heftiger wurde in den vergangenen Tagen die Debatte um die Gesundheitsreform in den USA. Präsident Barack Obama bemüht sich nun um Beruhigung und mahnte zu Vernunft und Sachlichkeit. Zum einen werfen seine Gegner dem Präsidenten vor, er plane an alten und behinderten Menschen Euthanasie zu verüben. Zum anderen halten Kritiker eine gesetzliche Krankenversicherung, die es künftig neben Privatkassen geben soll, für einen Schritt in den Sozialismus. Obama will die Reform bis Ende des Jahres realisieren. Das US-amerikanische Gesundheitswesen gilt als das teuerste der Welt. 46 Millionen der 300 Millionen US-Bürger haben keine Absicherung im Krankheitsfall. (Agenturmeldung, 12. August)

### **Antibiotika: Uneinheitliche Verschreibung in Europa**

In Europa werden Antibiotika unplanmäßig verordnet. Eine jüngst erschienene Studie, die von der Universität Cardiff (Wales) koordiniert wurde, erhob Daten von 3402 Patienten aus 387 Arztpraxen in 13 Ländern. Ein Ergebnis der Untersuchung: In manchen Regionen Europas werden Antibiotika unverhältnismäßig oft verschrieben. Am häufigsten werden den Patienten diese Medikamente in der Slowakei verabreicht. In Norwegen dagegen erfolgte die Vergabe selten. Mediziner befürchten, dass die häufige Verschreibung dieser Medikamente dazu führt, dass immer mehr Erreger Resistenzen ausbilden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. August)

## Außerdem

---

### Krebsinformationsdienst erscheint unter einheitlicher Nummer

Informationen zum Thema Krebs können sich Ratsuchende ab Herbst unter der bundesweiten kostenlosen Rufnummer 0800-4203040 holen. Hinter dieser verbirgt sich die gemeinsame Anlaufstelle des Krebsinformationsdienstes (KID) am Deutschen Krebsforschungszentrum und der Deutschen Krebshilfe. Der KID will sich zukünftig zudem als erster Fachinformationsdienst für Ärzte etablieren. Dieser soll über die neusten Entwicklungen in der Forschung informieren und gewährleisten, dass diese Erkenntnisse schneller bei den Patienten ankommen. Träger des neuen Angebotes sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die Deutsche Krebshilfe und das Deutsche Krebsforschungszentrum. ([Gemeinsame Pressemitteilung des BMBF, des BMG, der Deutschen Krebshilfe und des Deutschen Krebsforschungszentrums, 10. August](#))

### KOMPAKT- Zahl der Woche: 9 Millionen

9 Millionen Dialysen führen die Vertragsärzte in Deutschland jährlich durch. Derzeit erhalten über 65.000 Patienten kontinuierlich eine ambulante Behandlung durch ein Dialyseverfahren. ([KBV-Pressemitteilung, 11 August](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- |                        |   |
|------------------------|---|
| 21.08.09               | 1. Greifswalder Symposium: „Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“<br>Berlin                                   |
| 27.08.09               | „Demographischer Wandel und ärztliche Versorgung in Deutschland“<br>Veranstaltung der Bundesärztekammer<br>Berlin |
| 01.09.09               | Deutscher Kassenärztetag<br>Berlin  |
| 5.09.09                | 5. Innovationskongress der KV Nordrhein: Der Arzt als Unternehmer und<br>Manager<br>Düsseldorf                    |
| 11.09.09               | 3. BMVZ-Jahreskongress: „MVZ, Kooperation mit Zukunft“<br>Berlin  |
| 18.09.09 –<br>20.09.09 | 24. Bundeskongress des Verbandes medizinischer Fachberufe<br>Hannover   |
| 26.09.09               | "Demenz– Gemeinsam für eine bessere Versorgung"<br>Berlin   |
| 22.11.09 –<br>28.11.09 | Klinische Fortbildung für hausärztlich tätige Allgemeinmediziner und Internisten<br>Berlin                        |

## Aus der Presse

---

### **KBV definiert Anforderungen für größtmögliche Sicherheit im KV-SafeNet**

Wo Daten elektronisch übermittelt werden, entstehen auch Sicherheitslücken. Das muss selbst die KBV für ihr KV-SafeNet eingestehen, schreibt die Ärzte Zeitung und fragt: Liegt das wirklich an der Technik? Denn das KV-SafeNet ist als internes Netzwerk schon sicherer als das öffentliche Internet – dennoch müssen auch die Ärzte an seiner Sicherheit mitwirken. Die KBV hat dazu einen Anforderungskatalog für KV SafeNet-Arbeitsplätze herausgegeben. (Ärzte Zeitung, 12. August)

### **KBV setzt sich für qualitätsbezogenes Ärztehonorar ein**

„Seit 20 Jahren ist nicht mehr so viel Bewegung im Markt gewesen. Durch die neuen Verträge entsteht eine Verknüpfung zwischen Leistung und Bezahlung.“ Mit diesen Worten hat der KBV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler, die Notwendigkeit einer qualitätsorientierten Ärztevergütung kommentiert. Darüber berichtet die Financial Times Deutschland. Ein Expertenteam habe das Projekt „AQUIK“ – Ambulante Qualitätsindikatoren und Kennzahlen entwickelt, um die Qualität der ärztlichen Behandlung messbar zu machen. Die KBV wolle grundsätzlich eine flächendeckende und leistungsorientierte Vergütung einführen, die über das bisherige Verfahren weit hinausginge, fasste die Zeitung zusammen. (Financial Times Deutschland, 6. August)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: [fknoepcke@kbv.de](mailto:fknoepcke@kbv.de), [njahnz@kbv.de](mailto:njahnz@kbv.de), [kschumann@kbv.de](mailto:kschumann@kbv.de), [cehrlich@kbv.de](mailto:cehrlich@kbv.de)

Der KBV-Kompakt hat seinen Redaktionsschluss jeweils mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>